

9.9. Koordination der Grossbaustellen Limmattalbahn und Wärmeverbund Zürich – Altstetten und Reduktion der Belastung des Quartiers Altstetten

Postulat Lorenz Habicher (SVP, Zürich), Roland Scheck (SVP, Zürich), Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos) vom 27. Mai 2019

KR-Nr. 152/2019, RRB-Nr. 852/18. September 2019 (Stellungnahme)

Ratspräsident Roman Schmid: Wir haben reduzierte Debatte beschlossen.

Ordnungsantrag

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich beantrage Ihnen Kurzdebatte, denn es ist auch ein Postulat von mir. Ob ich dann etwas sage, das kommt darauf an, wie sich die Debatte entwickelt.

Ich beantrage Kurzdebatte.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Ordnungsantrag mit 111 : 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsident Roman Schmid: Wir behandeln das Geschäft in Kurzdebatte. Nach jeweils zwei Minuten werde ich Ihnen mitteilen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Sie überraschen mich. Ich hätte gedacht, dass der Antrag von Hans-Peter Amrein heute keine Chance hat, und er hat gewonnen. Also werden wir die Diskussion zu diesem Postulat führen.

Auslöser war ein Gespräch mit der Projektleitung des EWZ (*Elektrizitätswerk Zürich*) zum Wärmeverbund nach der Abstimmung vom 10. Februar 2019. Ein Wärmeverbund heisst grosse Leitungen, heisst Strassen-Aufreissen, heisst ziemlich viel Umwegverkehr im Quartier. Das Quartier Altstetten wurde oder wird durch die Limmattalbahn schon jetzt in der Verkehrssituation eingeschränkt. Der Grosskreisel, der in der regierungsrätlichen Stellungnahme erwähnt wird, führt zu Umwegverkehr, führt auch zu Schleichverkehr im Quartier, und die Tiefbauarbeiten gehen weiter. Bis 2023 ist noch «QUARZ», also Quartieraufwertung Zürich, geplant, die Altstetterstrasse wird also nochmals bearbeitet. Dies bedeutet zusätzliche Fahrverbote, Einbahnverkehr und Tempo 30. Sie sehen auch, dass Tempo 30 im Quartier Altstetten extensiv angewendet wird. Wir haben im Moment die Situation, dass fast wöchentlich im «Tagblatt» (*Amtsblatt der Stadt Zürich*) dies

ausgeschrieben wird. Es ist unverständlich, dass die kantonalen Stellen hier wegsehen und nicht koordinieren. Die Zielsetzung des Postulates war es wirklich, ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass die Tiefbauarbeiten sich nicht unnötig hinziehen und Umwelt- und Schleichverkehr zeitlich begrenzt bleiben. Ich rechnete damit, dass der Antrag von Hans-Peter Amrein abgelehnt wird, und wollte das Postulat zurückziehen. Jetzt haben Sie beschlossen, dass diskutiert wird, ich freue mich ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Nicht nur der Regierungsrat anerkennt die grundsätzlichen Anliegen der Postulanten, sondern auch unsere Fraktion. Eine gute Koordination bei Bauprojekten und ein dementsprechend zügiges Bauen sind unabdingbar. Wir haben das Vertrauen in die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller planenden Stellen und aller ausführender Unternehmen, dass diese Koordination auch wirklich geschehen ist und der Bau, der inzwischen ja fast abgeschlossen ist, möglichst schnell vorangeht beziehungsweise beendet wird. Woher kommt dieses Vertrauen? Das Vertrauen stützt sich auf Erfahrung. Auch wenn ab und an sowohl in der Planung als auch bei der Ausführung Fehler gemacht wurden und wohl auch noch werden, darf ich – und wohl auch ein Gross- teil der Bevölkerung beziehungsweise der Wirtschaft – attestieren, dass die Bauarbeiten, die inzwischen wie gesagt fast abgeschlossen sind, mit Umsicht und sehr schnell ausgeführt wurden beziehungsweise werden. Aus dieser Erfahrung ziehe ich und zieht meine Fraktion das Vertrauen, dass nun auch die zweite Etappe, die notabene, wie schon einmal gesagt, fast beendet ist, und die Arbeiten des EWZ gut vonstattengehen. Lassen wir die diversen Ingenieurinnen und Ingenieure und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Bau ihre Arbeit tun. Uns Politikerinnen und Politiker braucht es im Moment nicht für diese Arbeit. Deshalb braucht es dieses Postulat nicht oder nicht mehr. Wir werden es nicht überweisen, danken aber den Postulanten für ihren Einsatz.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die öffentliche Hand stemmt seit Jahrzehnten grosse Infrastrukturprojekte, so zum Beispiel die S-Bahn oder die Glattalbahn. Dass dabei ein grosser Koordinationsbedarf mit Gemeinden und weiteren Beteiligten nötig ist, ist bekannt. Im Falle des Baus der Limmattalbahn und des Wärmeverbundes zeigt der Regierungsrat in seiner Antwort auf, wer sich mit wem koordiniert hat und auch künftig koordiniert. Fazit: Die Involvierten sprechen miteinander. Für die Alternative Liste besteht kein weiterer Abklärungsbedarf. Es besteht auch keine Gefahr, dass eine zweite Limmattalbahn gebaut wird. Es zeigt sich, dass das Postulat nicht die richtige Form für diese Art von Vorstoss ist. Unserer Meinung nach hätte eine einfache Anfrage genügt, die Antworten wären innerhalb von drei Monaten vorhanden gewesen. Schliesslich ging es nur um die Frage, wer mit wem spricht, um mehr nicht. Für uns ist die Angelegenheit mit der Antwort des Regierungsrates erledigt.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter von SP und AL, ich denke schon, dass hier noch Diskussionsbedarf

herrscht, vor allem, was generell diese Wärmeverbunde auf dem SP- und AL-regierten Gebiet der Stadt Zürich betrifft. Ich habe mein Büro im Seefeld und im Seefeld gibt es auch so einen Wärmeverbund. Seit jetzt weit über einem halben Jahr sind weit über 35 Parkplätze verstellt und wird an einem solchen Wärmeverbund gebaut oder eben nicht gebaut. Die Verantwortlichkeiten sind klar: Es sind die Herren Wolff (*Stadtrat Richard Wolff*) – er tritt nicht mehr an –, Tiefbauamt, und Michael Baumer, ein Stadtrat aus der Stadt Zürich, den man nicht sehr viel sieht und von dem man nicht sehr viel hört, der auch noch gewählt werden müsste. Zum guten Glück kann ich ihn nicht wählen oder nicht-wählen. Dieser Herr gibt ein schlechtes Bild ab mit seinen Wärmeverbunden, weil eben nicht so gearbeitet wird wie bei Herrn Bärtschiger und in seiner Gemeinde, wo er ja Behördenmitglied ist – Schlieren ist es, glaube ich –, gearbeitet wird. Aber in der Stadt Zürich ist es nicht so. Und so ist es in Altstetten sehr lange gegangen und vor allem jetzt im Seefeld ist es einfach nur das Gewerbe hindernd oder das Gewerbe kujonierend, was um die Höschgasse herum momentan abgeht. Ich bitte doch, dass die Damen und Herren von AL und SP, die in der Stadt Zürich Regierungsverantwortung tragen, sich dieser Sache annehmen. Danke.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Niemand bestreitet, dass manche Akteure, wie der Regierungsrat schildert, bereits miteinander sprechen, aber eine Ablehnung des Postulates wäre ein grundlegend falsches Signal. Eine Gutheissung des Postulates heisst, dass der Kantonsrat diese Koordination und auch eine Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner, des Gewerbes und so weiter, auch des Verkehrs, als eine Notwendigkeit ansieht. Ein solches Postulat abzulehnen, ist grundfalsch. Und an diejenigen, die jetzt beantragt haben, das abzulehnen: Was schadet es, wenn dieses Postulat gutheissen? Auch wenn einiges bereits läuft – etwas Negatives ergibt sich daraus überhaupt nicht. Deshalb bin ich für die Gutheissung. Ich danke Ihnen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich komme zum zweiten Teil meines Votums. Der Sprecher der SP hat gesagt, es brauche es nicht mehr. Ja, Kunststück, das Postulat ist aus dem Jahr 2019. Hätte die Regierung es entgegengenommen, wäre die Situation gelöst worden. Die Regierung hat es aber nicht entgegengenommen. Und jetzt wie die AL-Vertreterin noch zu sagen, es sei die falsche Form, dann heisst das: Man ist mit den Quartiergegebenheiten nicht vertraut. Altstetten hat sich gewehrt. Altstetten hat sich gegen eine Umlenkung des Trams Nummer 2 gewehrt und Altstetten war erfolgreich damit. Die Limmattalbahn wird jetzt am Bahnhof Altstetten anders angeschlossen, und das ist gut so. Es hat aber noch mehr Verkehrssituationen, die nicht gelöst sind, zum Beispiel am Farbhof, wo ein Linksabbieger aufgehoben wurde. Jetzt verläuft der Schleichverkehr an zwei Schulhäusern und dem Hallenbad Altstetten vorbei. Was macht der Stadtrat? Er löst nicht das Problem, das entstanden ist, nein, er verhängt ein Fahrverbot. Das heisst, Sie haben die Verkehrssituation in Altstetten hier zwar auf dem Monitor, Sie kümmern sich aber nicht darum. Und der Regierungsrat, der Kanton könnte Einfluss nehmen. Die Altstetterstrasse ist in diesem Bereich eine

Hauptstrasse, die Badenerstrasse ist eine kantonale Strasse, eine Hauptstrasse. Wir hätten Möglichkeiten und es wäre wichtig, wenn hier eingegriffen würde. Zudem muss auch gesagt werden, dass Baulinien von der Stadt Zürich nicht beachtet werden, und hier wäre es gut gewesen, wenn man endlich etwas täte. Ich sehe auch eine verpasste Chance – Valentin Landmann hat es gesagt – und bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Selbstverständlich ist die Koordination der Bauvorhaben ein wichtiges Anliegen. Und selbstverständlich will das auch die Zürcher Regierung und wir versuchen, dies über unsere Bauprojekte zu realisieren. Nur, in diesem Fall hat die Koordination eben stattgefunden. Der im Postulat beschriebene Abschnitt zwischen dem Bahnhof Altstetten und dem Farbhof ist wegen seiner Lage eigentlich Teil der ersten Etappe, wird aber jetzt im Zusammenhang mit der zweiten Etappe realisiert. Die Limmattalbahn AG hat uns mitgeteilt und wir wissen das, dass die städtischen Werke bereits 2019 die Möglichkeit hatten, ihre Leitungen mit dem Ausführungsprojekt für den Abschnitt der Limmattalbahn vom Farbhof bis zum Bahnhof Altstetten zu koordinieren. Das zuständige Elektrizitätswerk der Stadt Zürich meldete uns damals keinen Koordinationsbedarf zwischen dem geplanten städtischen Fernwärmenetz und dem Bau der Limmattalbahn im Bereich der Hohlstrasse. Man hat im Juli 2019 nochmals nachgefragt und es wurde nochmals bestätigt. Deshalb hat die Limmattalbahn keine Leitungen für die spätere Führung des Fernwärmenetzes in ihr Projekt aufgenommen. Das ist halt einfach der Sachverhalt. Man kann das gut finden oder nicht, aber man kann uns nicht vorwerfen, wir hätten nicht koordiniert. Bei aller Wertschätzung, die ich dem Parlament gegenüber habe: Es ist richtig, dass man ein Augenmerk darauf legt, dass wir unsere Projekte koordinieren, das ist in diesem Fall aber erfolgt. Deshalb ist eine Überweisung des Postulates nicht nötig und auch nicht mehr zielführend. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 123 : 44 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 152/2019 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.